

**56. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder
am 25.-26.03.2026 in Berlin**

Beschluss

TOP 6.1 Schnellere Investitionen und Transformation

Die ostdeutschen Länder haben seit der deutschen Wiedervereinigung wesentliche Strukturreformen durchgeführt. Die Erfahrungen und Instrumente dieser tiefgreifenden Transformationsprozesse können dabei helfen, die aktuellen wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und demografischen Herausforderungen zu bewältigen. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder fassen daher folgenden Beschluss:

1. Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist die Grundlage der wirtschaftlichen Attraktivität Ostdeutschlands. Auch im sechsunddreißigsten Jahr der deutschen Wiedervereinigung besteht sowohl in den dynamisch wachsenden urbanen Zentren als auch in den ländlichen Räumen der ostdeutschen Länder ein erheblicher Bedarf an schnellen und zielgerichteten Investitionen, u.a. in den Bereichen Schul- und Wohnungsbau, im Gesundheitswesen, bei der Verkehrsinfrastruktur sowie bei leitungsgebundenen Netzen und der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder sehen daher die Notwendigkeit einer verstärkten und beschleunigten Bereitstellung von Bundes- und Landesmitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur für diese Schlüsselbereiche, um Lebensqualität zu sichern, den Wirtschaftsstandort Ostdeutschland nachhaltig zu stärken und für Fachkräfte attraktiv zu gestalten.

2. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder regen die systematische Analyse und Einbindung von Erfahrungen aus der Anfangszeit der Wiedervereinigung in die laufenden Diskussionsprozesse zur Staatsmodernisierung, Stärkung der Demokratie, Planungs- und Vergabebeschleunigung, zum Bürokratieabbau und zur Deregulierung an. Nur so können passgenaue Lösungen

entwickelt werden, die den besonderen Anforderungen, wie der kleinteiligeren Wirtschaftsstruktur, den begrenzten Verwaltungsressourcen und der besonderen Demokratieerfahrung der ostdeutschen Länder gerecht werden. Insbesondere vom Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation, das in Halle (Saale) entsteht, sollen hierbei wichtige Impulse ausgehen.

3. Der Aufbau Ost wäre ohne die radikale Beschleunigung und Vereinfachung der Planungs- und Genehmigungsverfahren nicht so schnell möglich gewesen. Daher fordern die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder die Bundesregierung auf zu prüfen, ob und welche einst angewandten Instrumente der Nachwendezeit neu aufgelegt werden können. Innovative Maßnahmen wie Experimentierklauseln und Reallabore für einen bürokratiearmen Verwaltungsvollzug, wie sie in der von Bund und Ländern gemeinsam beschlossenen Föderalen Modernisierungsagenda vereinbart worden sind, sollten schnellstens umgesetzt werden. Neue Ideen wie das Net Zero Valley oder ein Zukunftswirtschaftsraum Ost sind als Inspirationsquellen konsequent und ergebnisoffen zu prüfen. Bürokratische Hürden müssen signifikant reduziert, Investitionen und öffentliche Aufträge erleichtert werden. Bei einer Reform des Vergaberechts sollte dieses auf die praktischen Bedürfnisse kleinerer und mittlerer Unternehmen zugeschnitten werden. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder sehen ferner zusätzliche Potentiale in einer konsequenten Fortführung der auf Bund-Länder-Ebene abgestimmten Verwaltungsdigitalisierung.